**Deutscher Bundestag** **Drucksache 16/6800**

**16. Wahlperiode** 24. 10. 2007

# Beschlussempfehlung und Bericht

## des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Hartwig Fischer (Göttingen), Dr. Christian Ruck, Dr. Wolf Bauer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Gabriele Groneberg, Dr. Sascha Raabe, Dr. Bärbel Kofler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD**
**– Drucksache 16/5257 –**

## Für eine intensive wirtschaftliche und entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit dem afrikanischen Kontinent auf Augenhöhe

### A. Problem

Die Bundesrepublik Deutschland bekennt sich seit mehr als fünf Jahrzehnten zu einer besonderen Partnerschaft und Verantwortung gegenüber dem afrikanischen Kontinent. Angesichts der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 und der Präsidentschaft der G8-Staaten sind die Erwartungen an die Politik der Bundesrepublik Deutschland in Bezug auf Afrika sehr hoch. Die sich aufgrund globaler, politischer, wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Entwicklungen ändernden Rahmenbedingungen auf dem afrikanischen Kontinent erfordern eine ständige Evaluierung, Anpassung und Weiterentwicklung der Afrika-Politik der Europäischen Union und der G8-Staaten. Daher wächst die Verantwortung der deutschen Politik, die Politik der Partnerschaft mit Afrika zu intensivieren.

### B. Lösung

**Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### C. Alternativen

Ablehnung des Antrags.

### D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

## Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/5257 anzunehmen.

Berlin, den 10. Oktober 2007

**Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

**Thilo Hoppe**
Vorsitzender

**Hartwig Fischer (Göttingen)**
Berichterstatter

**Gabriele Groneberg**
Berichterstatterin

**Dr. Karl Addicks**
Berichterstatter

**Hüseyin-Kenan Aydin**
Berichterstatter

**Ute Koczy**
Berichterstatterin

# Bericht der Abgeordneten Hartwig Fischer (Göttingen), Gabriele Groneberg, Dr. Karl Addicks, Hüseyin-Kenan Aydin und Ute Koczy

## I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/5257** in seiner 97. Sitzung am 10. Mai 2007 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuss überwiesen.

## II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Intensivierung der Partnerschaft mit Afrika, besonders in der Zusammenarbeit mit den afrikanischen Dach- und Regionalorganisationen.

## III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 50. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Innenausschuss** hat den Antrag in seiner 50. Sitzung, der **Rechtsausschuss** in seiner 76. Sitzung, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** in seiner 45. Sitzung, der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** in seiner 59. Sitzung, der **Verteidigungsausschuss** in seiner 61. Sitzung, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** in seiner 41. Sitzung, der **Ausschuss für Gesundheit** in seiner 63. Sitzung, der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** in seiner 42. Sitzung, der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** in seiner 42. Sitzung und der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** in seiner 41. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten. Die Ausschüsse empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 20. Juni 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 48. Sitzung am 24. Oktober 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

## IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führt aus, die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD hätten mit der Einbringung des Antrages im Mai 2007 den Prozess in Heiligendamm begleiten, die entwicklungspolitischen und wirtschaftlichen Schwerpunkte deutlich machen und eine Brücke zu Lissabon schlagen wollen. Im Einzelnen gehe es um die Themen Good Governance, die Bedeutung des NEPAD-Prozesses (The New Partnership for Africa's Development), die Frage von Rohstoffzertifizierungen, die besondere Bedeutung der Primärbildung aber auch die Verstärkung von Capacity-Building im Bereich der Universitäten und im dualen System. Es werde auf die Eigenverantwortung hingewiesen und die Notwendigkeit von klaren Budgetrichtlinien verdeutlicht. Ziel sei, bilateral und multilateral noch effizienter mit den afrikanischen Staaten zusammenzuarbeiten.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärt, im Bereich der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, bei den menschenrechtlichen Aspekten sowie bei den Umwelt- und Gesundheitsthemen seien zwar wichtige Feststellungen enthalten. Die Antworten zu diesen Feststellungen entsprächen aber nicht ihrer Position. Mit den Instrumenten der Liberalisierung und der Marktöffnung könne man in Afrika nicht vorankommen. Man müsse vielmehr die Länder dabei unterstützen, dass sie sich aus sich heraus entwickeln können. Mit einer Neuauflage der Doha-Runde könne man den afrikanischen Kontinent nicht entwickeln. Man verhandle bei den EPA auch nicht auf der gleichen Augenhöhe mit den afrikanischen Staaten, wenn damit gedroht werde, bei Versagung der Unterzeichnung bis zu 25 Prozent der Entwicklungshilfe zu kürzen. Es dürfe nicht darum gehen, eigene wirtschaftspolitische Interessen gegenüber diesen Ländern durchzusetzen. Sie werde deshalb dem Antrag nicht zustimmen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hält die Konzentration im Koalitionsantrag auf die zwei Aspekte der wirtschafts- und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit für nicht ausreichend. Auch sei der Forderungsteil in vielen

Bereichen zu wenig konkret. So seien finanzielle Fragen und konkrete Forderungen hierzu ausgeklammert. Im Bereich der Handelspolitik werde zu Recht das Problem der Überfischung aufgezeigt. Aber auch hier fehlte die Forderung an die EU, solche Verträge künftig zu unterlassen und die Rechte der Fischerei zu schützen. Positiv sei die Forderung nach verbesserter diplomatischer Präsenz zu bewerten. Gemeinsame Schnittpunkte gebe es daneben im Bereich der Sicherheitsarchitektur, beim Dialog mit neuen Gebern und dem besseren kulturellen und akademischen Austausch. Dagegen fehlten Ausführungen zum Umgang mit den afrikanischen Staaten auch im Hinblick auf die anstehende Afrikakonferenz. Sie werde sich bei der Abstimmung enthalten.

Die **Fraktion der FDP** bewertet den Antrag als eine Lobeshymne auf die Afrikapolitik der Bundesregierung. Es gebe darin durchaus richtige Ansatzpunkte, insgesamt seien die Ergebnisse aber nicht so positiv. Die Millennium Development Goals würden durch die Umsteuerung bis 2015 nicht erreicht. Dem Antrag mangele es auch an Schlussfolgerungen. Good Governance und die Durchführung der Peer-Review-Mechanismen könne man zwar loben, müsse aber auch bestimmte afrikanische Länder wegen Mangels an Good Governance tadeln. Sie werde den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der SPD** streicht heraus, dass der Antrag die positiven Seiten in der Zusammenarbeit mit Afrika darstelle. Ansonsten würden immer nur Misstände aufgezeigt. Infolgedessen existiere generell ein negatives Afrikabild, das Investoren abschrecke. Gute Entwicklungspolitik bleibe ohne die Leistungen der privaten Wirtschaft mit der Schaffung von Arbeitsplätzen und Beschäftigung fruchtlos. Im Bereich Good Governance gebe es noch Vieles zu tun, den Regierungen, die sich bemühten gut zu arbeiten, müsse aber auch Lob zukommen. Die Afrikaner dürften nicht weiter zu Almosenempfängern degradiert werden. Dies beziehe sich auch auf die Budgethilfe. Sie sei zu befürworten, wenn sie dafür sorge, dass Regierungen eigenverantwortlich und verantwortungsvoll damit umgehen und die Zivilgesellschaft durch ihre Kontrollfunktion gestärkt werde.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag anzunehmen.

Berlin, den 10. Oktober 2007

**Hartwig Fischer (Göttingen)**
Berichterstatter

**Gabriele Groneberg**
Berichterstatterin

**Dr. Karl Addicks**
Berichterstatter

**Hüseyin-Kenan Aydin**
Berichterstatter

**Ute Koczy**
Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333